

Kiel, im Oktober 2015

Sicherheit in Zeiten tiefgreifender Veränderungen **- „Was jetzt zu tun ist!“ -**

Deutschland und Schleswig-Holstein stehen mit den aktuellen Flüchtlingsströmen vor einer der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen seit Ende des 2. Weltkrieges. Als CDU Schleswig-Holstein wollen wir auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes und nach Maßgabe unserer verfassungsmäßigen Ordnung denjenigen Menschen helfen, die vor Kriegen, Bürgerkrieg und Vertreibung aus Ihrer Heimat geflohen sind.

Sie haben Anspruch auf ein faires Verfahren, welches darüber entscheidet, ob sie als Flüchtling oder Asylbewerber schutzbedürftig sind und damit eine Bleibeperspektive in unserem Land haben. Dabei haben sie allerdings eine eindeutige Mitwirkungspflicht für die Prüfung ihrer Rechtsposition. Wer diesen Schutz nicht geltend machen kann und damit keine Bleibeperspektive hat, muss unser Land umgehend wieder verlassen. Dies gilt natürlich im Besonderen für Straftäter, die unsere Rechts- und Werteordnung missachten und damit unsere Gastfreundschaft missbrauchen.

Die Entscheidung, Asyl zu gewähren oder einen Flüchtling aufzunehmen, erfolgt dabei nicht aus wirtschaftlichen oder arbeitsmarktpolitischen Gründen. Damit ist das Grundrecht auf Asyl kein Instrument zur Steuerung der Einwanderung.

Die Organisation der Flüchtlingsströme und die daraus resultierenden Integrationsaufgaben in Bund, Ländern und Kommunen werden große Kraftanstrengungen in allen politischen Feldern erforderlich machen und unsere Gesellschaft nachhaltig fordern und verändern. Insbesondere der Spracherwerb und die Bildung, die Vermittlung unserer Werte- und Rechtsordnung und die Eingliederung in ein Arbeitsleben sind dabei von elementarer Bedeutung.

Vorbemerkung

Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungsprozesse laufen nie konfliktfrei in einer Gesellschaft ab. Gerade große kulturelle und religiöse Unterschiede lösen oftmals Missverständnisse und Konflikte in einer Gesellschaft aus, denen auf Grundlage unserer verfassungsmäßigen Ordnung frühzeitig und wirkungsvoll begegnet werden muss.

Aus diesem Grund müssen wir auch in der Flüchtlingshilfe, Sicherheit und Ordnung als fundamentale Ebene des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit berücksichtigen.

Menschen willkommen heißen und Sicherheit gestalten, schließen sich eben nicht aus, sondern sie bedingen einander und stabilisieren den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dabei spielt auch die zurzeit starke Personalbindung der Polizei in der Flüchtlingshilfe eine große Rolle für die Einschätzung der persönlichen Sicherheit der Menschen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld.

Aus Sicht der CDU brauchen wir daher umgehend eine neue Ausrichtung der Sicherheitsarchitektur mit einem schlüssigen Gesamtkonzept für die Sicherheit in unserem Land. Dabei haben wir durch die bisher ideologisch geprägte Polizeipolitik dieser Landesregierung wertvolle Zeit verloren.

Denn losgelöst von der Mammutaufgabe „Flüchtlingshilfe“ gibt es aus Sicht der CDU Schleswig-Holstein schon länger Risse in der Polizeipolitik dieses Landes: Unzureichende Polizeipräsenz in unseren Städten und Gemeinden, dutzendweise Dienststellenschließungen im Land, geringe Aufklärungsquoten bei Wohnungseinbrüchen, zunehmend Lücken in der wertvollen Präventionsarbeit in Schulen und Kindergärten - die Liste der polizeipolitischen Unvernunft könnte fortgesetzt werden.

Mit den verkündeten Personalverstärkungen auch in der Polizei scheint in der Landesregierung der Realitätssinn zurückzukehren. Um diese Kehrtwende glaubhaft zu vermitteln, müssen die immer noch vorgesehenen Stellenkürzungen bei der Polizei endgültig vom Tisch und auch der Verfassungsschutz sowie Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und sächlich verstärkt werden. Die bisher geplanten Mehreinstellungen dieser Landesregierung werden allerdings nicht ausreichen, um die Versäumnisse der Vergangenheit und die Sicherheitsherausforderungen der Zukunft zu bewerkstelligen.

Schon jetzt sind nach Angaben der Polizeiführung bis zu 500 Polizeibeschäftigte mit dem Thema Sicherheit in der Flüchtlingshilfe betraut. Dadurch werden die Polizistinnen und Polizisten vielfach von ihren originären Polizeiaufgaben in ihren Dienstorten abgezogen. Es entstehen damit Lücken in der Bewältigung polizeilicher Kernaufgaben in unseren Städten und Gemeinden, die sowohl den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen als auch den Kriminalitäts-entwicklungen nicht mehr gerecht werden können.

Die notwendigen Sicherheitsanstrengungen zur Bewältigung der Flüchtlingsströme dürfen auf gar keinen Fall zu Lasten der Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit der Menschen in unserem Land gehen.

Darüber hinaus befinden sich immer mehr Polizistinnen und Polizisten durch ihren Dauereinsatz im Regel- und Sonderdienst physisch und psychisch am Ende ihrer Belastungsgrenze. Sie müssen entlastet werden und benötigen wieder gesicherte Dienst- und Freizeiten. An diesem Punkt danken wir von ganzem Herzen den Polizei-beschäftigten im Bund und Land.

Wer - wie diese Landesregierung - Kernaufgaben der Polizei u.a. Prävention und Verkehrssicherheitsarbeit nahezu auf null fährt, Polizeidienststellen systematisch personell ausdünnert oder Polizistinnen und Polizisten neben ihrem Regel- und Sonderdienst in permanente Einsatzbereitschaft versetzt; der hat alles andere als überzeugende Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der nächsten Wochen, Monate und Jahre. Mit unseren Vorstellungen stellen wir uns als CDU der politischen Verantwortung für ein weiterhin sicheres Leben aller Menschen in Schleswig-Holstein.

Flüchtlingsschutz braucht keinen Rabatt auf unsere Werte- und Rechtsordnung!

Wir benötigen in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen mehr denn je einen starken Rechtsstaat, der die Möglichkeiten und Grenzen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung deutlich macht, die darin enthaltene Werteordnung mit Nachdruck vertritt und bei Bedarf konsequent durchsetzt. Fundamentale Rechte wie Meinungs- und Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Gewaltmonopol des Staates dürfen nicht ansatzweise zur Disposition stehen. Wenn beispielsweise eine Ärztin nicht behandeln darf, weil sie eine Frau ist; eine Reedereibeschafterin oder eine Sicherheitsbedienstete mit ihren Anweisungen ignoriert wird, weil sie eine Frau ist; dann muss dies den entschiedenen Widerspruch aller hervorrufen und darf nicht toleriert werden. Diskussionen über die Relativierung des Strafverfolgungszwangs der Polizei oder der Aufweichung der Anwendung des unmittelbaren Zwanges erteilen wir eine klare Absage.

Wer bei uns Zuflucht sucht und heimisch werden will, hat die Grundwerte unserer Verfassung zu verinnerlichen und zu respektieren, einschließlich derer, die für diese Werte einstehen und für die Durchsetzung dieser Regeln verantwortlich sind.

Gleichermaßen hat der Rechtsstaat dafür Sorge zu tragen, dass diesen Menschen die Freiheitsrechte unserer Verfassung und die Schutzfunktion unseres Staates uneingeschränkt gewährt werden.

Integrationsprobleme offen ansprechen, Meinungsvielfalt zulassen, dauerhafte Bündnisse zwischen Land und Kommunen schaffen!

Für das friedliche Zusammenwachsen unserer Gesellschaft halten wir es für geboten, dass wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land offen und verantwortungsvoll über Hürden und Probleme in der Integrationsarbeit sprechen. Dazu gehört auch die Diskussion über die von der Landespolizei detailliert erfassten Gefahrenlagen und Straftaten im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen.

Die Menschen in unserer Gesellschaft müssen dabei sagen dürfen, was sie verängstigt oder Sorgen bereitet, ohne dass sie gleich in die rechtsradikale Ecke gestellt oder als „Menschenfeinde“ betitelt werden. Ansonsten sehen wir die Gefahr, dass ein Diskussionsvakuum und eine Kultur des Schweigens entstehen, die durch Populisten und demokratie-feindliche Kräfte zum Schüren von Ängsten und Emotionen, insbesondere in den sozialen Netzwerken, genutzt werden. Der Entwicklung einer „virtuellen Parallelgesellschaft“ in der Debatte über Flüchtlinge müssen wir offensiv und entschieden entgegenreten.

Die enormen Kraftanstrengungen in der Integrationsarbeit werden uns dauerhaft nur gelingen, wenn es ein gedeihliches Miteinander zwischen dem Land und den Kommunen gibt. Dabei bedarf es zuallererst fester und vertrauensvoller Kommunikations-strukturen „auf Augenhöhe“ zwischen den Verantwortungsträgern. Die von der CDU vorgeschlagenen, dauerhaft einzurichtenden „Bündnisse für Sicherheit“ mit den Kreisen und kreisfreien Städten sind die richtige Antwort auf diese Herausforderung.

Schließungen von Polizeidienststellen sofort einstellen, polizeiliche Präsenz in Städten und Gemeinden stärken, Prävention in Kindergärten und Schulen wiederbeleben!

Die Schließung von bis zu 50 Polizeidienststellen innerhalb der laufenden Legislaturperiode erweist sich einmal mehr als schwerwiegende polizeipolitische Fehlentscheidung dieser Landesregierung. Damit ist seit 2012 fast jede 2. Polizeidienststelle in Schleswig-Holstein geschlossen worden. Auch in diesem und im nächsten Jahr sind weitere Schließungen in Kiel, Lübeck und in den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg vorgesehen. Dass nunmehr erste Gemeinden mit juristischem Beistand gegen die Schließungen von Polizeidienststellen vorgehen wollen, markiert aus unserer Sicht einen historischen Tiefpunkt im Verhältnis zwischen dem Land und den Kommunen. Aus Sicht der CDU müssen daher die Schließungen von Polizeidienststellen - sofort - beendet werden und die Dienststellenlandschaft der Polizei im Dialog mit den Städten und Gemeinden ausgebaut werden.

Bundesweit hat kein Land so wenig Polizei für ihre Bürgerinnen und Bürger wie Schleswig-Holstein. Dies spiegelt sich auch in der geringsten Investitionsquote für die Polizei im Bundesvergleich wieder. Daher müssen wir unverzüglich mehr Polizistinnen und Polizisten in die Polizeidienststellen der Städte und Gemeinden zur Präsenzverstärkung schicken. Die bisherige Verteilung von Polizistinnen und Polizisten nach reinen Belastungszahlen muss ausgesetzt werden, da sie insbesondere den ländlichen Raum in der Grundversorgung von Sicherheit vernachlässigt.

An jeder Erstaufnahmeeinrichtung muss weiterhin eine Polizeidienststelle eingerichtet werden. Die jeweilige Personalstärke richtet sich nach der tatsächlichen

Aufnahmekapazität. (Nach Ansicht von Experten sind Personalstärken von 1:5 pro 1000 Flüchtlinge vorzusehen)

Sofern sich konkrete Anhaltspunkte für die Verschärfung von Gefahren- und Konfliktsituationen ergeben, muss eine zügige Aufstellung spezialisierter Einsatzkräfte, zum Beispiel eine weitere Beweis-sicherungs- und Festnahmeeinheit (oder einer weiteren Einsatz-hundertschaft), vorgenommen werden. Prioritär sind jedoch die Präsenzanteile der Polizei in unseren Städten und Gemeinden zu erhöhen und die hinlänglich bekannten defizitären Aufgabenfelder der Polizei mit Personal, Stellen und Budget aufzustocken.

Polizeivollzugsbeamte sollten zudem nur in der „besonderen Aufbauorganisation Flüchtlinge“ eingesetzt werden, wenn sie für sicherheitsrelevante Aufgaben herangezogen werden.

Die Aussetzung der Präventionsarbeit in Kindergärten und Schulen muss unverzüglich beendet werden. Schon vor der Aussetzung wurden nicht einmal mehr 1% der Jahresarbeitszeitleistung der Polizei in Prävention in Schulen und Kindergärten investiert. Aus unserer Sicht sollte der Polizei durch eine verstärkte und flächendeckende Verkehrs- und Kriminalprävention mit Themen wie „Polizeikasper“, „sicheres Fahrradfahren“, „Gefahren im Internet“, „Alkohol – Drogen - Medikamente“ Gelegenheit gegeben werden, als „Partner Polizei“ eine vertrauensvolle Beziehung zu den jungen Menschen aufzubauen.

Dies wäre insbesondere ein „Türöffner“ für Gespräche mit Kindern und Jugendlichen aus anderen Kulturkreisen, die Polizei bisher vielfach nur als „Repressionsapparat“ erlebt haben. So vermittelt zum Beispiel der Polizeikasper Grundwerte wie „richtig und falsch“ bei den Kleinsten in unserem Land. Daher lehnen wir als CDU sowohl die Abschaffung als auch eine Überführung dieser kindlichen Sympathiefigur in private Betreiberhände strikt ab.

Rechtspopulisten entlarven, religiöse Fanatiker beobachten und festsetzen, muslimische Verbände aktiv einbinden!

Für die CDU gilt nach wie vor: Egal ob rechts, links oder religiös motiviert - wer Menschen verletzt, Unterkünfte und Sachen beschädigt oder sich in anderer Weise gegen unsere Gesetze stellt, muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates entschlossen bekämpft werden.

Wir müssen uns durch die gesellschaftlichen Veränderungen auf vielfältige Erscheinungsformen und Aktivitäten extremistischer Gruppierungen einstellen und von Anfang an wachsam und vorbereitet sein.

Die Vertreter des rechtsradikalen Spektrums in Schleswig-Holstein versuchen, das vielschichtige Thema Flüchtlingshilfe mit Angst und Emotionen zu besetzen. Dagegen hilft nur eine offensive Aufklärungs- und Informationsarbeit aller demokratischen Kräfte, die deutlich macht, dass Rechtspopulisten kein Interesse an Lösungen und Antworten haben, sondern nur „Öl ins Feuer“ der gesellschaftliche Debatte gießen wollen.

Gleiches gilt für den seit Jahren aufwachsenden Salafismus in Schleswig-Holstein, deren Anhängerschaft sich in den letzten 10 Jahren nahezu verzehnfacht hat. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich in den überwiegend muslimisch geprägten Flüchtlingsströmen auch Anhänger dieser radikal-religiösen Strömung befinden. Daher kommt der Registrierung und Überprüfung aller in Schleswig-Holstein ankommenden Flüchtlinge eine besondere Bedeutung zu. Dies dient im Übrigen auch der Sicherheit vieler schutzsuchender Flüchtlinge. Allerdings darf es auf gar keinen Fall zu einem Generalverdacht gegen Muslime kommen. Wir werden es nicht zulassen, dass religiöse Fanatiker anderen Muslimen mit Druck oder Gewalt vorschreiben wollen, wie sie „ihre Religion auszuüben haben“. Wir werden zudem jeglicher Form antisemitischer Tendenzen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnen.

Zu einem schlüssigen Handlungskonzept gegen religiös motivierten Extremismus gehört dabei vor allem die Einbindung der muslimischen Verbände, die sich uneingeschränkt zu unserer Werte- und Rechtsordnung bekennen. Nur mit ihrer Hilfe wird es gelingen, radikale Kräfte aus den Moscheen fernzuhalten und die missbräuchliche Verteilung des Korans als Mittel zu radikalen Zwecken durch anerkannte religiöse Würdenträger zu entlarven. Darüber hinaus schaffen sie eine vertrauensvolle Brücke zu muslimischen Familien, die notwendig ist, damit diese Familien staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, wenn sie ihre Kinder von religiösen Fanatikern bedroht sehen. Die jahrelange „Funkstille“ dieser Landesregierung zu den muslimischen Verbänden hilft uns dagegen überhaupt nicht. Als CDU stehen wir für einen konstruktiv - kritischen Dialog auf strikter Grundlage unserer Werte- und Rechtsordnung mit den muslimischen Verbänden.

Polizeipolitische Fehler der Legislaturperiode abstellen - Polizei muss im Kampf gegen Formen organisierter Kriminalität, Cybercrime und Wohnungseinbrüche handlungsfähiger werden!

Mit der offensiven Bekämpfung der Rockerkriminalität sind auch Strukturen der Organisierten Kriminalität in Schleswig-Holstein sichtbar geworden. Menschen-, Drogen- und Waffenhandel sowie die angestrebte "Vorherrschaft" im Rotlichtmilieu bestimmen das kriminelle Handeln in der organisierten Kriminalität. Nur mit umfangreichen Kontrollmaßnahmen der Polizei kann diesen Kriminalitätsformen wirkungsvoll begegnet werden. Die notwendige Personaldecke dazu fehlt allerdings nach Aussagen der Landespolizei.

Mit den aktuellen Flüchtlingsströmen werden erfahrungsgemäß Drahtzieher der organisierten Kriminalität versuchen, die Not und Hilflosigkeit der Menschen für ihre Zwecke zu nutzen. Entweder mit brutaler Gewalt oder mit der „Verlockung nach schnellem Geld“ werden insbesondere im Bereich des Menschenhandels und der Drogenkriminalität Menschen auf perfide Weise gefügig gemacht. Diesen schwerstkriminellen Handlungen muss von Anfang an Einhalt geboten werden.

Zudem muss endlich das vor 2 Jahren gegebene Versprechen einer wirkungsvollen Bekämpfung von Internetkriminalität durch eine „Cybercrime-Dienststelle im LKA“ umgesetzt werden. Noch immer fehlt es an Personal und hochwertiger IT-Ausstattung.

Die „Nagelprobe“ für das Vertrauen in die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der Polizei ist und bleibt die Entwicklung der Wohnungseinbruchskriminalität mit ihren vielfach schwerwiegenden Tatfolgen. Schleswig-Holstein ist unter den traurigen „TOP 5 der Einbruchsländer“ und die Zahlen des laufenden Jahres zeigen eine steigende Tendenz, insbesondere im Hamburger Umland. Gleichzeitig rutscht die Aufklärungsquote bei den Einbrüchen weiter nach unten.

Wir erneuern als CDU unsere Forderung nach einer Bekämpfungsoffensive gegen die Einbruchskriminalität, die nach Erfahrungen aus anderen Bundesländern nur erfolgreich sein kann, wenn exklusives Ermittlungs- und Spurenauswertungspersonal zur Verfügung steht. Anstelle des erneuten reflexhaften Appells an den Bund zur Flüchtlingshilfe, wären konkrete polizeipolitische Vereinbarungen über die gemeinsame Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität auf der letzten Nord-IMK sinnvoller gewesen.